
Herr Dr. Rolf-Peter Löhr

Deutsches Institut für
Urbanistik (Difu), Berlin

Stand der Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in den Kommunen und auf Bundesebene

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, auf diesem Zwischenbilanzkongress des Saarlandes zum Programm „Soziale Stadt“ zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich werde zunächst Ziele und Grenzen des Programms umreißen, dann kurz die Aufgabe des Difu bei der Programmbegleitung darstellen und anschließend erste Ergebnisse unserer Umfrage zum Programm, vor allem zu dem Schwerpunkt dieses Kongresses, der lokalen Ökonomie, erläutern.

Grenzen des Programms

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ wird man mit Sicherheit nicht die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Welt oder dieses Landes lösen, auch wenn das in manchen Politikerreden so klingen mag. Die Folgen der Globalisierung, der Terziärisierung, der zunehmenden Einkommensspreizung – all diese und noch weitere Elemente des gegenwärtigen Wirtschafts- und Strukturwandels, die Sie alle kennen, bedürfen einer gesonderten Politik auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ können die Probleme nicht gelöst werden. Das ist ein Anspruch, den man an das Programm nicht richten darf. Wenn es sich manchmal doch so anhört, dann führt das zur Kritik von manchen Wissenschaftlern, die sagen, das ganze Programm sei ja nur symbolische Politik oder bestenfalls Simultanpolitik. Ich denke, beides ist falsch. Sowohl der Anspruch, mit dem Programm etwas wirklich zu ändern im Bereich der „großen“ Politik, aber auch der Vorwurf der Simultanpolitik, denn auf der gebietlichen Ebene kann man mit Hilfe des Programms eine ganze Menge bewegen.

So kommen zum Beispiel Prof. Dr. Läßle von der TU Hamburg-Harburg und Herr Walter, der nachher hierzu referieren wird, zu dem Ergebnis, dass stadt- und stadtteilorientierte Betriebe zu den Wirtschaftssektoren gehören, die eher Arbeitsplätze schaffen

als abbauen, im Gegensatz zu den alten Industrien, die Arbeitsplätze verlieren. Dies ist in der untersuchten Stadt Hamburg insbesondere der Hafen, im Saarland sind dies eher der Bergbau und die Stahlwirtschaft.

Allerdings muss man für das Beispiel Hamburg auch sehen, dass in dem Untersuchungszeitraum 100.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind und nur 50.000 bis 60.000 neu dazu gewonnen wurden. Das heißt, die Hälfte der Arbeitsplätze ist weg. Da besteht für die große Politik natürlich Handlungsbedarf mehr zu tun, als nur Arbeitsvermittlung zu fördern und Soziale Stadt-Programme aufzulegen.

Ziele des Programms

Grundlage für die Programmumsetzung ist der Leitfaden der ARGEBAU, der Arbeitsgemeinschaft der Bauminister und –senatoren der Länder, zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom 1. März 2000. Danach hat das Programm ein Oberziel, so könnte man sagen, und das heißt „nachhaltige Entwicklung“. Es soll erreicht werden, dass in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ eine selbsttragende Entwicklung in Gang gesetzt wird, eine Entwicklung also, die nicht abhängig ist von öffentlicher Förderung. So wichtig all die Fördermittel von der EU bis zu städtischen Mitteln sind, sie sollen nur dazu beitragen, einen Anstoß zu geben, eine nachhaltige selbsttragende Entwicklung zu schaffen.

Die Basis dafür ist letztlich immer die Ökonomie, die Wirtschaft, und deswegen ist das erste Ziel, das die ARGEBAU und der Bund mit dem Programm verfolgen, das Anstoßen einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung in den Gebieten.

Das zweite Ziel ist, dies nicht von oben herab zu dekretieren, weil es nicht funktionieren wird und weil es in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, sondern dieses in sehr intensiver Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, aber auch mit den Unternehmen vor Ort zu betreiben, mit allen, die in diesen Gebieten aktiv sind und Verantwortung tragen oder übernehmen wollen. Es geht dabei um Förderung der lokalen Betriebe, um Beschäftigungspolitik, Ausbildungspolitik, Existenzgründungen. Dazu gehört nach dem Leitfaden auch der Ausbau

der Quartierszentren, die hier im Saarland eine besondere Bedeutung haben.

Als weiterer zentraler Handlungsbereich wird „soziale und kulturelle Infrastruktur“ genannt. Diese bildet ganz wesentlich die Basis für Wirtschaft. Es gibt viele Untersuchungen auf EU-Ebene, aus England, den USA, aber auch aus Deutschland, die belegen, dass in diesen Feldern das „soziale Kapital“ geschaffen wird. Hier werden die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen, sich in Wirtschaft wieder einzubringen, gefördert, weil neues Selbstbewusstsein entsteht und Erfolge gelingen. Wir haben vorhin auch in der Rede von Frau Ministerin Görner gehört, wie wichtig es ist, gerade solchen Menschen Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, die ansonsten vielfach von Misserfolg, von Arbeitslosigkeit oder schulischem Versagen geprägt sind. Auch dies ist also ein ganz wichtiger Bereich, der nicht nur dazu dient, etwas für die Kultur und für das Zusammenleben zu tun, sondern der die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen, sich wieder für die Allgemeinheit oder auch nur für sich selbst zu engagieren, fördert.

Die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld, die klassischen Themen der Städtebauförderung, der Sanierung, werden in dem Leitfaden als letztes der zentralen Ziele aufgeführt. Dabei sind sie für ein Städtebauförderungsprogramm die eigentliche Basis, die verfassungsrechtliche Legitimation, damit der Bund Geld geben kann. Die hat er nämlich nach Art. 104 a Abs. 4 GG nur bei Hilfen für Investitionen, nicht für sonstige Ausgaben der Länder.

Aber die Städtebauförderungsreferenten des Bundes und der Länder, Herr Müller-Zick und seine Kollegen und Kolleginnen, haben über lange Jahre daran gearbeitet, diesen Begriff der investiven Maßnahmen immer weiter auszudehnen, damit möglichst viele der für eine erfolgreiche Sanierung nötigen Maßnahmen darunter subsumiert werden können. Damit eben nicht nur die Steine gefördert werden können, sondern auch die Menschen. Aber ohne Steine geht es bei der Städtebauförderung natürlich nicht. Es geht bei diesem Programm „Soziale Stadt“ dennoch nicht mehr primär darum, die Straßen zu verbessern, die Häuser und Wohnungen zu sanieren. Das ist auch sehr wichtig; aber es geht vor allem darum, die Lebensqualität und die Lebenschancen der Men-

schen zu verbessern. Das ist eine uralte Erkenntnis, die um 400 schon der große Kirchenlehrer Augustinus ausgesprochen hat, die aber leider lange vergessen worden ist. Doch ich bin froh, dass sie jetzt wieder vorhanden ist und eine Grundlage für Politik wird.

Handlungsansätze des Programms zur Verfolgung dieser komplexen und schwierig zu erreichenden Ziele sind Ressourcenbündelung, integrierte Handlungskonzepte und Quartiermanagement. Vor allem letzteres soll das Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger, der Akteure vor Ort in besonderer Weise fördern; und wie die Erfahrung zeigt, kann es das auch leisten, wenn es umfassend und engagiert betrieben wird.

Begleitung des Programms

Wegen der Neuartigkeit und Komplexität des Programms hat der Bund das Difu mit der Programmbegeleitung beauftragt. Sie hat mehrere Elemente, die aus Abbildung 1 (Seite 62) hervorgehen:

Was Sie hier gerade für das Saarland machen, nämlich einen Erfahrungsaustausch, versuchen wir auch bundesweit umzusetzen, weil der Erfahrungsaustausch unter denen, die in diesem Feld tätig sind, ganz entscheidend ist. Denn es ist ein größtenteils neuer Arbeitsbereich, der andere Verhaltensweisen und andere Denkweisen als bisher üblich voraussetzt. Deswegen versucht das Difu, durch Veranstaltungen, durch einen Newsletter und Broschüren sowie durch ein Internetforum Erfahrungen und Informationen weiterzuleiten und auf diese Weise die Handlungsgrundlagen für die Akteure auf der kommunalen Ebene zu verbessern.

Jedes Land hat ein so genanntes Modellgebiet bestimmt. Das ist im Saarland Neunkirchen Ober- und Unterstadt. Hier wird in besonderer Weise untersucht, wie das Programm abläuft und wie es funktioniert, welche Schwierigkeiten auftreten und ob und wie sie überwunden werden können. Diese detaillierten Informationen über die konkreten Gebiete sind wichtig nicht nur für den Erfahrungsaustausch, sondern auch für die Weiterentwicklung des Programms.

Aufbau eines Netzwerkes

Programmbeleitung vor Ort

Vorbereitung einer Evaluation

Evaluation gehört heute zu den wesentlichen Elementen eines jeden Programms. Mit ihr sollen für die Vergangenheit Erfolg oder Misserfolg öffentlichen Handelns analysiert und für die Zukunft Hilfen für ein effizienteres und effektiveres Vorgehen bereitgestellt werden. Die Evaluation des Programms „Soziale Stadt“ soll im Sommer 2003 beginnen und wird das ganze Programm erfassen. Zur Zeit laufen die Vorbereitungen für die Ausschreibung.

Die Vorbereitung für diese Evaluation unterstützt das Difu – neben der auch für die Evaluation wichtigen Programmbegleitung vor Ort – durch zwei Maßnahmen. Zunächst haben wir eine Projektdatenbank aufgebaut, in der innovative Projekte aus dem Handlungsfeld Soziale Stadtentwicklung (nicht nur in Gebieten der „Sozialen Stadt“) gesammelt werden. Von den mittlerweile weit über 200 Projekten stehen die sozialen Aktivitäten mit 76 Maßnahmen eindeutig im Vordergrund. Andere kommen dahinter: Partizipation, Wohnumfeld und das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen. Aber wenn man die Projekte zu Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung sowie Wertschöpfung im Gebiet – also das, was lokale Ökonomie ausmacht – wenn man also die Projekte zu diesen Handlungsfeldern addiert, liegen sie mit 97 weit an der Spitze. Dabei fällt allerdings auf, dass Beschäftigung und Ausbildung mit je 40 Projekten im Vordergrund stehen und die eigentliche Wirtschaft, die Wertschöpfung im Gebiet, mit 17 Projekten eher am Rande auftaucht. D.h. hier sind wir noch sehr stark im Bereich der Arbeitsförderungsinstrumente, der Unterstützung der Ausbildungsförderung mit öffentlichen Mitteln, nicht bei der konkreten Wirtschaftsförderung. Das Programm setzt hier einen Schwerpunkt, aber es geschieht noch nicht genügend auf diesem Feld, dem wirklich wichtigen Bereich der lokalen Ökonomie.

Über das zweite Instrument, das wir zur Vorbereitung der Evaluation eingesetzt haben, will ich jetzt näher berichten.

Erste Erkenntnisse über die Umsetzung des Programms

Wir haben Umfragen gemacht in allen Programmgebieten, eine erste Umfrage 1999/2000, um einen

Anfangsstand zu bekommen, und im Sommer 2002 eine zweite, deren Ergebnisse jetzt gerade vorliegen. Sie sind ganz frisch, so dass ich deswegen bei der Interpretation noch sehr vorsichtig sein muss, weil zum Teil widersprüchliche Aussagen enthalten sind und einiges noch unklar ist. Daher werden wir noch einzelne Detailuntersuchungen durchführen müssen. Aber der Rücklauf von über 90 % lässt sehr gute Analysen zu.

Zunächst möchte ich Besonderheiten der Programmgebiete im Saarland aufzeigen. Denn die Gebiete sind anders strukturiert als im Rest der Republik. Es gibt hier keine nur dem Wohnen dienenden Großsiedlungen, die in ganz Deutschland etwa 50 % der Programmgebiete ausmachen. Es gibt nur Programmgebiete mit Nutzungsmischung. Im Gegensatz zu reinen Wohngebieten hat man hier den Vorteil, dass die lokale Ökonomie im Programmgebiet selbst gestärkt werden kann. Das Modellgebiet Neunkirchen etwa erstreckt sich über den innenstadtnahen Bereich mit dem Geschäftszentrum. Hier bestehen daher viele Möglichkeiten, die lokale Ökonomie zu unterstützen.

Gebietszuschnitt

Eine weitere Besonderheit im Saarland ist, dass die Gebiete hier im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer eine relativ geringe Einwohnerdichte haben. Einwohnerzahlen über 12.500 kommen in den Gebieten des Saarlandes nicht vor. Die meisten haben unter 5.000 oder maximal 10.000 Einwohner. Die Größe dagegen ist mit 100 bis 200 Hektar relativ hoch. Daraus resultiert eine relativ geringe Einwohnerdichte. Auch die Zahl der Wohnungen ist eher niedrig.

Die Frage der Gebietsabgrenzung ist sehr schwierig und vielfach nach unserer Auffassung nicht besonders gut gelungen. Da die sozialräumliche Polarisierung einer der Gründe für die Auflegung dieses Programms war, muss sie auch bei der Gebietsauswahl und -abgrenzung eine besondere Rolle spielen. Im Saarland liegt die Arbeitslosenquote nur in 25 % aller Städte über 15 %, aber in 80 % der Programmgebiete. Diese Konzentration der Probleme auf die Gebiete ist im Saarland vielleicht sogar noch stärker ausgeprägt als im Rest der Republik. Dasselbe Bild zeigt sich auch bei Sozialhilfebezügen und Ausländern. Auch da sehen Sie, dass der Anteil der

ausländischen Bevölkerung in den Gebieten deutlich höher liegt als in den Städten insgesamt. So gibt es z.B. in keiner Stadt mehr als 15 % Ausländerinnen und Ausländer, wohl aber in 40 % der Gebiete. Und auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist dort deutlich höher. Dies ist im Saarland jedoch nicht ganz so stark ausgeprägt wie im Bundesdurchschnitt.

Diese Zahlen sprechen insgesamt dafür, dass die Gebiete im Saarland richtig ausgewählt wurden.

Tabelle 1: Probleme in den Gebieten

	Durchschnitt alle Bundesländer %	Saarland %
Defizite im Wohnumfeld (Verwahrlosung, schlechte Nutzbarkeit)	90,3	100
Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf bei Wohnungen und Wohngebäuden	89,4	83,3
Hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit	81,9	91,7
Fehlendes Quartierszentrum/schlechte Nahversorgung	68,5	91,7
Defizit bei Einrichtungen für Jugendliche	65,3	58,3
Schlechte Verkehrsanbindung/Erreichbarkeit	63,9	41,7
Defizit bei Einrichtungen für Kinder	62,0	58,3
Defizite der sozialkulturellen Infrastruktur	61,1	50,0
Geringe Aktivierbarkeit der Bewohnerschaft	58,8	33,3
Fehlende Sprachförderung für Haushalte mit Migrationshintergrund	56,5	50,0
Konflikte im Zusammenleben	48,6	16,7
Fehlende Arbeitsplätze	48,1	75,0
Umweltbelastungen	39,4	41,7
Unsicherheitsgefühle	35,6	33,3
Defizit bei Freizeit- und Sportangeboten	30,6	8,3
Fehlende Ausbildungsangebote	21,8	16,7
Defizit Schule im Stadtteil	11,6	8,3
Kaum/nicht vorhandene Lokale Ökonomie	7,9	Keine Angabe

Probleme in den Gebieten

Weil das Programm an den Problemen der Menschen innerhalb der Gebiete ansetzen soll, haben wir gefragt, welche sozialen Probleme im Programmgebiet vorherrschen (siehe Tabelle 1). Ich will die Ergebnisse nicht im Einzelnen erläutern, sondern nur auf den Schwerpunkt "Lokale Ökonomie" eingehen. Die Förderung und Entwicklung örtlicher Wirtschaftskraft hat insgesamt ein erstaunlich geringes Aufmerksamkeitsniveau, und im Saarland wird sie überhaupt nicht als Problem genannt. Hohe Arbeitslosigkeit

keit wird hingegen als besonders großes Problem angesehen. Es scheint die Auffassung zu bestehen, dass die Arbeitslosigkeit vor allem bundesweite oder globale Ursachen hat. Diese mögen ja entscheidend für den exorbitanten Anstieg sein, räumlich begrenzte hohe Arbeitslosigkeit lässt sich aber sehr wohl durch Stärkung der "lokalen Ökonomie" wenigstens mindern. Dies wird offensichtlich nicht erkannt.

Das Programm "Soziale Stadt" will aber nicht die Probleme in den Mittelpunkt stellen, sondern die Ressourcen und Potentiale (siehe Tabelle 2). Bei der Frage nach den Potentialen spielt die "lokale Ökonomie" bei den Befragten erstaunlicherweise eine relativ große Rolle. Sie wird von 60 % der Gemeinden als ein Potential angesehen. Deutlich wird auch, dass die Flächenverfügbarkeit im Saarland im Vergleich zu den anderen Bundesländern relativ hoch ist. Auch das Ausbildungsplatz- und Beschäftigungsangebot wird als ein ausbaufähiges Potential angesehen. Sie werden im Saarland deutlich häufiger genannt als im Bundesdurchschnitt.

Ressourcen und Potentiale der Gebiete

Tabelle 2: Ressourcen und Potentiale der Gebiete

	Durchschnitt alle Bundesländer %	Saarland %
Wohnungsbestand	83,7	90,0
Wohnumfeldverbesserungen	74,7	70,0
Lage des Stadtteils	72,6	60,0
Verfügbare Flächen	67,4	80,0
Mitwirkungsbereitschaft	64,2	50,0
Sozialkulturelle Infrastruktur	63,2	50,0
Lokale Ökonomie	57,9	60,0
Bevölkerungs- und Sozialstruktur	55,3	40,0
Quartierszentrum	51,6	30,0
Nahversorgungsangebot	48,9	40,0
Umweltverbesserungen	46,8	30,0
Arbeitsplatz- und Beschäftigungsangebot	49,5	50,0
Ausbildungsangebot	33,7	30,0
Sport- und Freizeitangebote	30,0	10,0
Ergänzende Neubaumöglichkeiten	21,6	10,0
Schule im Stadtteil	33,7	-

Eine weitere Frage war, welche Ziele innerhalb des Programms verfolgt werden (siehe Tabelle 3). Hier nimmt die Stärkung der "lokalen Ökonomie" einen der vordersten Plätze ein. Eine zu schwache "lokale

Ziele für die Gebiete

Ökonomie" wird also nicht als Problem gesehen, sie soll andererseits aber gestärkt werden. Dies ist ein widersprüchliches Ergebnis, das der genaueren Analyse bedarf.

Auch die Verbesserung von Ausbildung und Qualifikation sowie die Schaffung eines attraktiven Nachverkehrsentrums werden im Saarland als wichtigere Ziele angesehen als im Rest der Republik. Die Sicherung und Verbesserung der Beschäftigungsangebote als solche werden als Ziel jedoch überhaupt nicht genannt. Wie das zu verstehen oder zu interpretieren ist, weiß ich nicht. Das ist vielleicht eine Frage für die anschließende Diskussion.

Tabelle 3: Ziele für die Gebiete

	Durchschnitt alle Bundesländer %	Saarland %
Wohnumfeldverbesserung	88,1	100,0
Verbesserung Wohn(ungs)qualität	81,9	91,7
Stärkung Lokale Ökonomie	64,8	91,7
Ausbau Beteiligungsmöglichkeiten	60,0	50,0
Verbesserung Zusammenleben im Stadtteil	58,6	58,3
Stabilisierung Bevölkerungs- und Sozialstruktur	52,9	33,3
Verbesserung sozialkulturelle Infrastruktur	47,6	50,0
Verbesserung Angebote für Jugendliche	44,3	50,0
Verbesserung Angebote für Kinder	43,8	50,0
Verbesserung Ausbildung und Qualifizierung	42,9	66,7
Entwicklung attraktives Quartierszentrum	39,5	50,0
Stärkung Nahversorgung	31,0	41,7
Stärkung der Eigeninitiative der Bewohnerschaft	29,0	Keine Angabe
Freizeit- und Sportförderung	27,1	25,8
Verbesserung Umweltbedingungen	22,9	50,0
Verbesserung der Angebote für Migrantinnen und Migranten	18,1	Keine Angabe
Integration der Schulen in den Stadtteil	17,6	8,3
Sicherheit im öffentlichen Raum	16,7	8,3
Verbesserung von Gebietsimage	16,2	Keine Angabe
Verbesserung der Angebote für alte Menschen	14,8	16,7
Verbesserung der Angebote für Frauen und Mädchen	13,8	8,3
Sicherung und Verbesserung der Beschäftigungsangebote	8,1	Keine Angabe
Erweiterung der Gesundheitsförderung	7,1	Keine Angabe

Die Erfahrung aus anderen Gebieten zeigt, dass eine Bestandsaufnahme eine ganz wichtige Maßnahme ist. Was ist in den Gebieten wirklich vorhanden? Was gibt es an Möglichkeiten für die Unternehmen? Nur so kann den Unternehmen geholfen werden, Leute einzustellen. Und damit können vor allem die kleineren Betriebe bei Auswahlprozessen unterstützt werden. Diese wissen oft gar nicht, wie sie einen Bewerber bewerten sollen, es sei denn, sie kennen ihn. Bei

diesem Vermittlungsprozess können Sozialarbeit und Jugendhilfe eine sehr große Hilfestellung leisten.

Jetzt komme ich zu den eingesetzten Fördermitteln (siehe Tabelle 4). Auch da gibt es eine Besonderheit im Saarland: Es werden relativ wenige Fördermittel aus dem Programm "Soziale Stadt" pro Gebiet eingesetzt. Bei 80 % liegt der Betrag für das Jahr 2001 unter 1 Mio. Euro. Mittel von Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen tauchen wenig auf, während die Wirtschaftsförderung eine relativ große Rolle spielt. Dies ist durchaus positiv zu vermerken, denn die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsverwaltung erweist sich in fast allen Ländern als ausgesprochen schwierig. Die Wirtschaftsförderung – ich sage das jetzt mal etwas provokant – nimmt nämlich häufig Betriebe erst ab 100 oder zumindest 50 Beschäftigten ernst. Die Unterstützung kleiner und kleinster Unternehmen, und um diese Betriebe geht es primär in den "Soziale-Stadt-Gebieten", sieht die Wirtschaftsförderung leider vielfach nicht als ihre Aufgabe an. Ich denke, hier muss einiges passieren.

Einsatz der Fördermittel

Tabelle 4: Eingesetzte Fördermittel

	Durchschnitt alle Bundesländer %	Saarland %
Fördermittel 2001 unter 1 Mio. DM	49,5	80,0
Fördermittel 2001 über 1 Mio. DM	50,5	20,0
Mittel der Wohnungswirtschaft	55,8	16,7
Public Private Partnership	52,5	16,7
Hilfe zum Lebensunterhalt	51,6	33,3
Mittel der Arbeitsverwaltung	51,2	59,0
Mittel freier Träger	48,8	41,7
Städtebauförderungsmittel	47,4	83,3
Wohnungsbauförderungsmittel Land	43,3	25,0
Wohnungsbauförderungsmittel Bund	39,1	33,3
Mittel Privater	36,7	16,7
E & C-Programm	34,9	50,0
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	25,1	58,3
EFRE Ziel 1/2	23,7	75,0
Kreditanstalt für Wiederaufbau	23,3	-
Wirtschaftsunternehmen	21,4	8,3
Stiftungs-/Spendengelder	20,0	-
ESF Ziel 1/2	11,6	50,0
Wirtschaftsförderung	9,8	25,0
Integration von Aussiedlern	9,3	-

Eine Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit der Wirtschaft im Sinne eines Public Private Partnership ist im Saarland gemessen am Republikdurchschnitt

eher unterentwickelt. Auch hier ist also noch Entwicklungspotential vorhanden. Wie wir vorhin von Herrn Schrag gehört haben, ist die hohe Förderung mit EFRE- und ESF-Mitteln eine Besonderheit des Saarlandes. Sie ist deutlich höher als im Rest der Republik. Die starke Mittelbündelung im Saarland scheint mir eine besondere Stärke zu sein. Die Höhe der erhaltenen Mittel wird dadurch deutlich verbessert.

Integriertes Handlungskonzept

Was von meinen Vorrednern auch schon angesprochen wurde, ist die Bedeutung des integrierten Handlungskonzeptes. Auch so ein Punkt, den viele als zu schwierig, zu unwichtig und zu arbeitsaufwändig kritisieren. Im Saarland ist das Handlungskonzept in über 80 % der Programmgebiete vorhanden und in den restlichen in Arbeit, was sehr positiv zu bewerten ist. Bundesweit liegt der prozentuale Anteil der Gemeinden mit integriertem Handlungskonzept deutlich niedriger. Es gibt im Saarland offenbar keine Verweigerungshaltung, wie es bei 14 % aller Programmgebiete, in denen Handlungskonzepte fehlen und auch nicht geplant sind, der Fall zu sein scheint. Das dürfte eigentlich nicht sein, denn nach dem Programm "Soziale Stadt" ist die Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes eine Fördervoraussetzung.

Wer wird an den Handlungskonzepten beteiligt? An erster Stelle steht die Bevölkerung, im Saarland etwas unterrepräsentiert, und an letzter stehen die Akteure der Wirtschaft. Im Saarland fällt auf, dass die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern nur selten mit einbezogen werden. Die Partizipation lokaler Unternehmen liegt mit 50 % im Bundesdurchschnitt und die des Arbeitsamtes mit 50 % sowie der Privatwirtschaft mit einem Drittel ebenso. An der Tatsache, dass die Handwerkskammern kaum in die Erstellung der Handlungskonzepte eingebunden werden – auch im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil nur bei 20 % – sollte etwas geändert werden. Das halte ich im Sinne einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen und Möglichkeiten kleiner und kleinster Unternehmen und ihrer Beschäftigten und Beschäftigungspotentiale für sehr wichtig.

Auch wieder saarlandspezifisch ist, dass die Wohnungsunternehmen hier deutlich weniger beteiligt

sind. Das liegt daran, dass hier keine Großsiedlungen bestehen, wo die Wohnungsunternehmen 100 % der Wohnungen besitzen und deswegen notwendigerweise beteiligt sind.

Von besonderer Bedeutung für die Umsetzung des Programms sind die Erfahrungen, die mit dem integrierten Handlungskonzept gemacht wurden. Die Frage wurde nur in den Programmgebieten beantwortet, in denen ein solches auch erstellt wurde. Die überwiegende Zahl beurteilt es als sehr hilfreich. Und die Kritik, dass der Aufwand zu hoch sei, teilen 80 % nicht, und dass das Verhältnis von Aufwand und Ertrag ungünstig sei, meint so gut wie niemand. Dieses Ergebnis ist ein ganz wichtiges Argument gegen nicht wenige Stimmen, die behaupten, das bringe alles nichts. Ich halte das integrierte Handlungskonzept für ganz wichtig, da es zu einer Steigerung der Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren, zu einer besseren Mittelabstimmung und zu einer Verbesserung der Bürgerbeteiligung führen kann. Die Forderung von Herrn Minister Mörsdorf, das integrierte Handlungskonzept überall aufzustellen, kann ich im Licht der Ergebnisse der Befragung nur unterstützen.

Die im integrierten Handlungskonzept vorkommenden Handlungsfelder sind breit gefächert. Insgesamt stehen die sozialen Aktivitäten im Mittelpunkt. Im Saarland jedoch sind Qualifizierung und Ausbildung Spitzenreiter, gefolgt von der Beschäftigung. Die Aspekte der lokalen Wirtschaft spielen hier also eine große Rolle. Die Wertschöpfung im Gebiet wird aber nur in einem Drittel der Gemeinden als Thema artikuliert, und nur 9 % sehen sie als wichtig an. 9 % entspricht im Saarland einer einzigen Gemeinde, da es nur 13 Programmgebiete gibt. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass dies ein neues Feld ist, worin alle Akteure noch zu wenig Erfahrung haben, sich zu wenig trauen oder auch zu wenig wissen, um etwas zu machen. Deswegen wäre hier die Kooperation mit der Wirtschaftsverwaltung in besonderem Maße wichtig.

Ein weiteres zentrales Instrument für das Programm „Soziale Stadt“ ist das Quartiermanagement. Dieses ist nicht auf die unterste Ebene, auf das Quartier, beschränkt, was leider in einigen Städten heute noch geglaubt wird: „Ach wunderbar, wir richten ein Quar-

Quartiermanagement

tiermanagement ein, dann haben wir mit dem Problem nichts mehr zu tun, die machen das alles allein.“ Die Erfahrungen aus dem Programm haben jedoch gezeigt, dass das nicht der Fall sein darf, sondern dass Quartiermanagement über drei Ebenen hinweg etabliert werden muss, wie dies aus Abbildung 2 deutlich wird.

Quartiermanagement ist nicht erfolgreich ohne eine Verwaltungsreform auf der kommunalen Ebene. Auf der Verwaltungsebene muss eine Kooperation zwischen den verschiedenen Ressorts organisatorisch sichergestellt werden. Es muss ein Gebietsbeauftragter oder eine Gebietsbeauftragte bestellt werden, um die Mittelbündelung, die Abstimmung der verschiedenen Bereiche auf der kommunalen Ebene zu erreichen. Natürlich sollte ein Stadtteilbüro mit einem Stadtteilmanager eingerichtet werden, der die Bürger, die unterste Ebene, motivieren und aktivieren sollte und das Verbindungsglied zwischen Bewohnern und Verwaltung darstellt. Hier sollte also die Verbindung zwischen „oben“ und „unten“ und vor allem auch die Einbeziehung der Politik verfolgt werden. Die Einbeziehung der Politik ist ein ganz wichtiges Feld, weil es ohne Politik nicht geht. Aber es darf eben nicht so sein, dass von oben nach unten entschieden wird, dass auf der untersten Ebene aktiviert und diskutiert wird, aber nichts entschieden werden darf. Das würde ich für ein ganz fatales Missverständnis von Quartiermanagement halten. So ist kein nachhaltiger Erfolg zu erreichen.

Verfügungsfonds und Mittelbündelung

Ein sehr wichtiges Mittel zur stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in stadtteilpolitische Entscheidungen, das, wie Tabelle 5 zeigt, noch viel zu wenig genutzt wird, ist der Verfügungsfonds. Seine Nutzung stellt im Saarland offenbar kein so großes Problem dar wie im Rest der Bundesrepublik. Diese investiven, förderfähigen Mittel sind eine ganz wichtige Voraussetzung für die Mobilisierung und Aktivierung der Bevölkerung, für das Schaffen von Erfolgen und für die Übergabe von Verantwortung in das Quartier. Wo es einen Verfügungsfonds gibt, erhält das Quartier mehr Eigenverantwortung. Die Sorge, dass die Bürger das Geld für unnötige Dinge verschleudern, hat sich als unbegründet herausgestellt. Die Erfahrung zeigt, dass keiner so kritisch mit Förderanträgen umgeht wie die Bürgerinnen und Bürger selbst.

Ein extremes, aber überwiegend durchaus positives Beispiel für die Nutzung des Verfügungsfonds ist Berlin: Dort wird den Quartiersmanagementgebieten über zwei Jahre ein Fonds von 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Über die Nutzung des Fonds entscheidet eine Bürgerjury, die per Zufallsverfahren aus dem Telefonbuch gezogen wird, also nicht nach irgendwelchen demokratischen Kriterien. Dadurch wird eine repräsentative Zusammensetzung mit allen Bevölkerungsgruppen wie Ausländer, Frauen, Junge und Alte erreicht. Das Ergebnis ist in den meisten Gebieten sehr positiv. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich ernst genommen, da sie selbst über ihre Mittel verfügen können, da ihnen zugetraut wird, dass sie mit öffentlichem Geld umgehen können und da sie entscheiden dürfen, ob ein Projekt gefördert wird oder nicht. Schwierigkeiten kann es nur dort geben, wo etablierte Strukturen angetroffen werden, innerhalb derer früher selbst über die Mittelvergabe entschieden wurde. Hier kann bei Gruppen und Vereinen Frustration entstehen, wenn ihnen Mittel und Macht entzogen wurden.

Tabelle 5: Aktivierungstechniken

	Durchschnitt alle Bundesländer %		Saarland %	
	einbezogen	besonders wichtig	einbezogen	besonders wichtig
Informationsangebote und Veranstaltungen	90,1	42,3	72,7	42,9
Arbeitsgruppen	82,4	36,5	72,7	42,9
Beratungsangebote	81,5	20,3	72,7	14,3
Stadtteilstefte	80,6	34,7	45,5	-
Mitmachprojekte für Kinder und Jugendliche	80,6	26,6	36,4	14,3
Aktivierende Befragungen	76,6	15,3	45,5	42,9
Gebietsbegehungen	70,3	9,5	27,3	14,3
Gemeinwesenorientierte Sozial- und Jugendarbeit	69,8	26,6	36,4	42,9
Kontaktvermittlung und Akteursvernetzung	69,4	33,3	54,5	14,3
Stadtteilkonferenzen	63,1	25,2	36,4	28,6
Mieter-/Einwohnerversammlungen	61,7	13,1	-	28,6
Spezielle Angebote für Frauen	58,6	10,4	36,4	-
Aufsuchende Sozialarbeit	58,1	16,7	18,2	28,6
Besondere Angebote für MigrantInnen	53,6	16,2	36,4	14,3
Planungs- und Zukunftswerkstätten	53,2	15,3	9,1	14,3
Nachbarschaftstreffs u.ä.	51,8	11,7	18,2	28,6
Verfügungsfonds	50,5	23,4	45,5	14,3
Spezielle Angebote für Mädchen	43,2	3,2	27,3	-
Stadtteil-/Mieterbeirat	36,0	15,3	9,1	14,3
Eigentümersammlungen	28,8	1,4	-	-

Die Forderung nach einer allgemeinen Öffnung des Programms für nichtinvestive Maßnahmen halte ich persönlich für falsch, denn dies entspräche der Forderung, dass die Städtebauförderung in Zukunft auch die Jugendhilfe finanzieren soll, und das kann sie nicht. Sicher wäre es der Einfachheit halber manchmal wünschenswert, das Personal mit den gleichen Mitteln zu finanzieren wie die Gebäude; in der Praxis gibt es aber eben verschiedene Ressorts mit unterschiedlichen Budgets. Ganz wichtig ist deshalb die Kooperation mit dem Jugendamt und mit den freien Trägern der Jugendhilfe, denn deren Kapazität, deren Kompetenz muss eingebunden werden.

Nicht die Machtkonzentration bei einem Amt, sondern die Kooperation ist hilfreich und das, denke ich, ist hier im Saarland durch die Kooperation zwischen Umweltministerium sowie Arbeits- und Sozialministerium auf einem guten Wege. Diese Mittelbündelung und Ressortabstimmung ist zukunftsweisend. Bei der praktischen Durchführung gibt es sicher noch viel zu verbessern und zu vereinfachen, aber das Programm steht ja auch noch am Anfang seiner Laufzeit.

Bisherige Erfolge des Programms

Wir haben auch gefragt, ob schon nach dieser kurzen Laufzeit Erfolge bei der Programmumsetzung zu erkennen sind. Nach den Antworten (vgl. Tabelle 6) liegen die bisherigen Erfolge vorwiegend auf der Aktivierungsebene, der Verwaltungsebene, und noch nicht so direkt im Gebiet selbst. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind verbessert worden, die Nähe der Verwaltung zum Stadtteil ist gestiegen, im Saarland allerdings unterdurchschnittlich. Netzwerke sind intensiviert worden, Bevölkerungsgruppen konnten noch stärker an die Stadtteilarbeit herangeführt werden. Bei der zukünftigen Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungssituation sind die saarländischen Programmgebiete durchaus überdurchschnittlich optimistisch, da schon in der Hälfte der Gebiete Fortschritte erreicht wurden. Insgesamt aber ist festzustellen, dass eher die strukturellen Voraussetzungen für erfolgreiche Stadtteilarbeit geschaffen wurden und noch nicht die großen sichtbaren Erfolge für die Lebenschancen und die Lebensqualität der Menschen im Gebiet. Aber in vielen Gebieten hat sich die Stimmung der Menschen verbessert und ist die Berichterstattung der Medien positiver geworden. Vielfach wurde wieder Mut geschöpft.

Tabelle 6: Erfolge der Programmumsetzung

	Durchschnitt alle Bundesländer	Saarland
	%	%
Verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten	90,6	83,3
Mehr Nähe der Verwaltung zum Stadtteil	88,7	50,0
Quartiermanagement als Motor für Aktivierung und Beteiligung	84,4	58,3
Verbesserung der Atmosphäre/Stimmung im Gebiet	80,2	58,3
Aktivierung neuer Bevölkerungsgruppen	78,3	66,7
Intensivierung Netzwerke	78,3	58,3
Verbesserung der Infrastruktur	76,9	58,3
Fortschritte ämter-/dezernatsübergreifende Kooperation	73,1	50,0
Einbindung der Wohnungsunternehmen	71,2	25,0
Imagegewinn des Gebiets	70,3	41,7
Verbesserungen im Zusammenleben	66,5	50,0
Mehr Nähe der Politik zum Stadtteil	63,7	25,0
Erschließung vielfältiger Fördermöglichkeiten	63,7	66,7
Gutes Verhältnis investive Mittel und nicht-investive Mittel	45,3	16,7
Einbindung privater Hauseigentümer/innen	41,0	33,3
Effektive Koordination von Fördermitteln	34,4	8,3
Verbesserung Beschäftigung und Ausbildung	30,7	50,0
Engagement der privaten Wirtschaft	24,5	16,7
Andere Erfolge Kooperation	14,2	16,7
Verbesserung Wohnen und Wohnumfeld	3,8	8,3
Andere Erfolge der Programmumsetzung	21,2	8,3

Natürlich gibt es auch Probleme bei der bisherigen Programmdurchführung. Das Hauptproblem sind die Schwierigkeiten bei der Mittelvergabe und Einschränkungen bei der Mittelverwaltung. Im Saarland wurden an erster Stelle Schwierigkeiten bei der Vergabe von Landesmitteln genannt. Warum das so ist, kann ich nicht beantworten. Wie dieses Image der Landesverwaltung zustande kommt, muss man sich natürlich fragen. Das sollten wir heute vielleicht noch bereden. Ich glaube nicht, dass es berechtigt ist, denn das was ich hier heute beispielsweise erlebe, wurde doch durch das Land, durch die Ministerien, initiiert. Dass zwei Minister hier auftreten, ist eine Situation, die ich von keinem anderen Bundesland kenne. Insofern glaube ich, ist das Land sogar in besonderer Weise engagiert. Sicherlich gibt es Probleme mit dem Mittelabruf. Das ist aber überall der Fall. Immerhin, Sie sehen, dass die Probleme der Mittelumsetzung im Saarland nicht ganz so dramatisch sind.

Probleme der Programmumsetzung

Natürlich haben wir auch nach Verbesserungsvorschlägen gefragt. Da gibt es aus dem Saarland durchaus sehr selbstkritisch die Aussage, dass sich

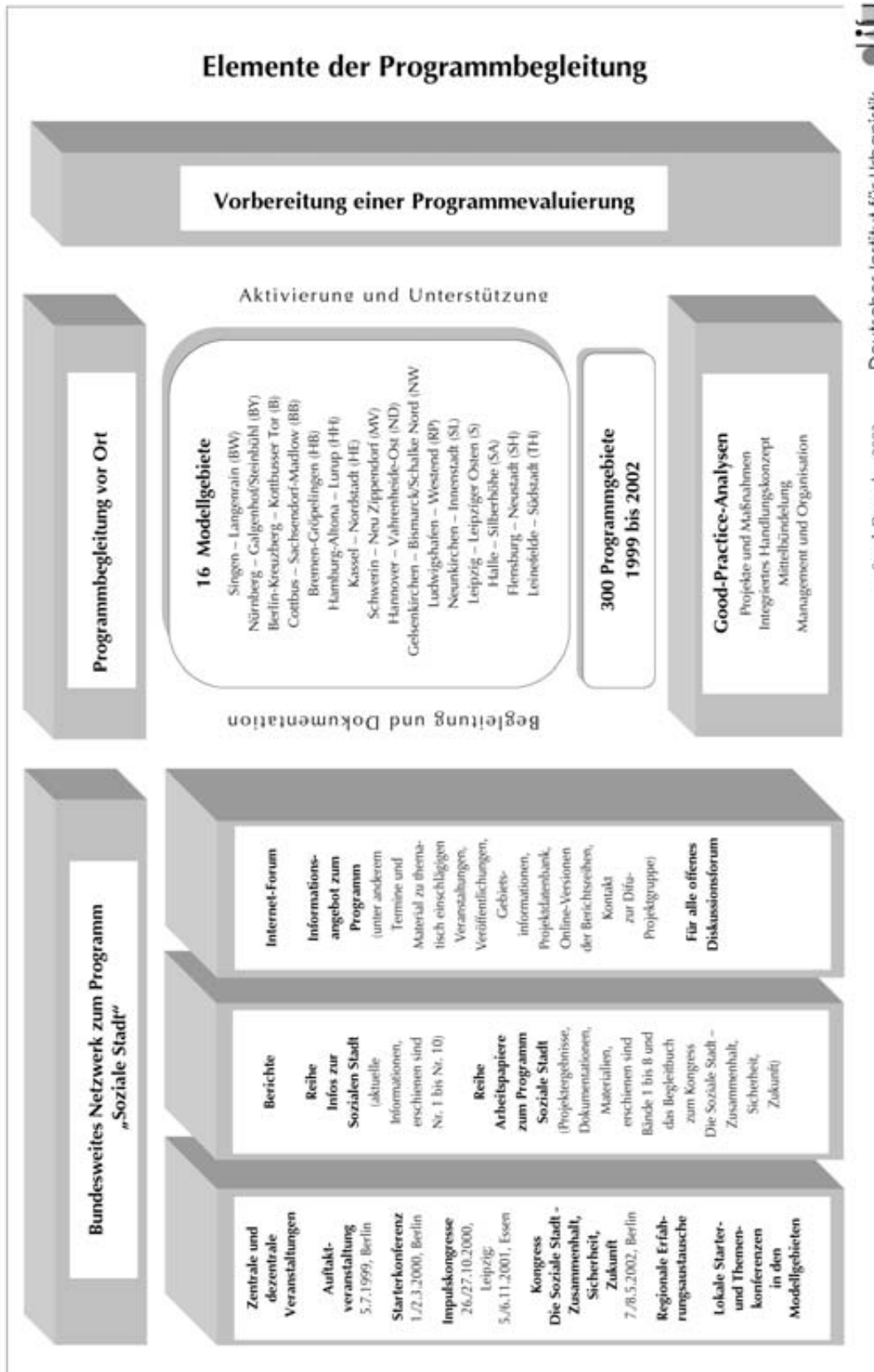
Verbesserungsvorschläge

bei der Kooperation auf der kommunalen Ebene etwas tun muss, und dass das Antrags- und Bewilligungsverfahren beschleunigt werden muss. Ansonsten wurden hier noch keine konkreten Vorschläge unterbreitet. Man sieht auch, dass die Fragen der Mittelverwendung, der Förderanträge in allen Ländern als verbesserungswürdig angesehen werden. Dies ist im Laufe dieser Veranstaltung ja auch schon deutlich geworden. Gründe hierfür sind sicherlich die Restriktionen des Haushaltsrechtes und die Tatsache, dass hier versucht wird, verschiedene Programme zusammenzubringen, die von ihrer Programmphilosophie, von ihren Voraussetzungen, von ihren Laufzeiten her überhaupt nicht zusammenpassen, und die deswegen verwaltungstechnisch enormen Aufwand machen. Deshalb ist die bundesweit häufigste Forderung, die Förderung durch das Programm auch für nichtinvestive Maßnahmen zu öffnen. Dabei ist dann kritisch zu hinterfragen, ob dadurch nicht nur die Kooperation mit anderen Politikbereichen umgangen werden soll.

Schlussbemerkung

Wenn man bedenkt, wie gravierend die Probleme in den Gebieten sind und wie schwierig es ist, eingefahrene und bislang sehr erfolgreiche Verhaltens- und Denkmuster aufzubrechen, dann, bin ich der Meinung, ist das, was seit 1999 mit dem Programm „Soziale Stadt“ erreicht wurde, alle Anerkennung wert. Ich hoffe und ich bitte sie, dafür zu kämpfen, dass dieser Weg weiter beschritten werden kann. Ich danke ihnen.

Abbildung 1:



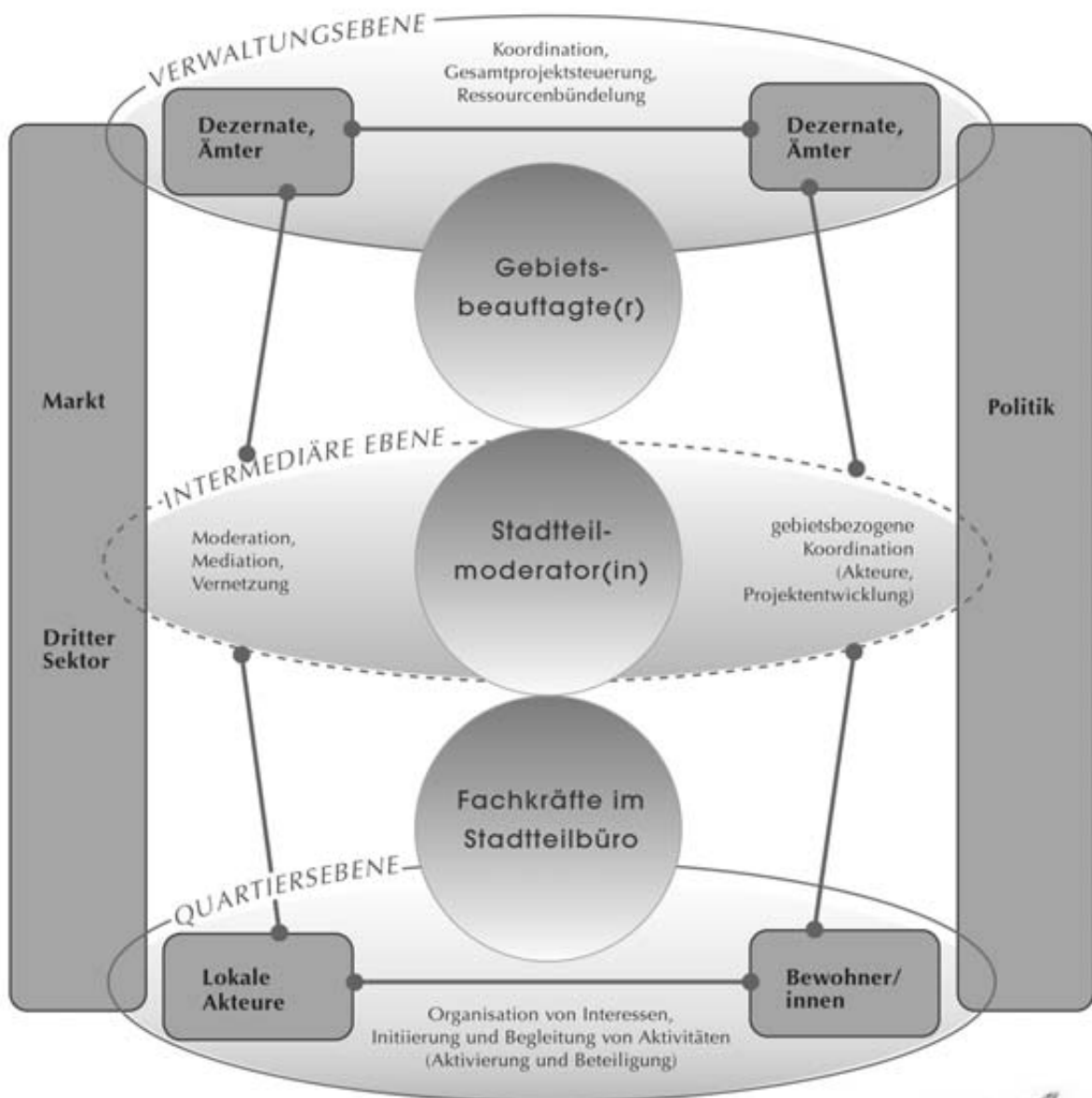
Deutsches Institut für Urbanistik **diu**

Stand: Dezember 2002

Abbildung 2:

Quartiermanagement

Aufgabenbereiche und Organisation



Diskussion zum Vortrag:

In der Tabelle über die Einschätzung der Erfolge, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ bisher in den Programmgebieten erzielt wurden, sind die Werte für das Saarland bei allen Indikatoren deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Worauf führen Sie das zurück? Sehen Sie eher strukturelle Gründe, psychologische Gründe, oder glauben Sie, dass die Verzögerung bei der Umsetzung des Programms im Saarland entscheidend für dieses Phänomen ist?

Frage

Man muss mit den Vergleichen auf Länderebene sehr vorsichtig sein. In den Bundesdurchschnitt gehen natürlich auch die Zahlen solcher Bundesländer ein, bei denen das Programm „Soziale Stadt“ zum Teil schon einen langen Vorlauf in vergleichbaren Landesprogrammen hatte. So gibt es in Nordrhein Westfalen zum Beispiel schon seit 1993 und auch in Hamburg seit einigen Jahren ein ähnliches Förderprogramm. In diesen Ländern sind Erfolge des Programms „Soziale Stadt“ vermutlich bereits deutlicher erkennbar, da schon der Vorlauf positive Effekte hatte. Aber das sind bisher natürlich nur Vermutungen. Man muss bei der Interpretation der Befragungsergebnisse sehr vorsichtig sein. Eine genaue Analyse werden wir, wie bereits erwähnt, noch durchführen. Dafür benötigen wir auch Ihre Rückkopplung. Sagen Sie mir, wenn die Befragungsergebnisse oder Interpretationen für das Saarland Ihrer Meinung nach unzutreffend sind.

Antwort Herr Dr. Löhr

Wer hat die Fragebögen erhalten und welche Meinungen sind in die Befragung eingeflossen?

Frage

Die Fragebögen wurden an die federführenden Stellen des Programms „Soziale Stadt“ verschickt. Wir haben diese jedoch ausdrücklich darum gebeten, auch alle anderen relevanten Personen mit in die Befragung einzubeziehen.

Antwort Herr Dr. Löhr

Im Fragebogen wird abgefragt, wer beim Ausfüllen mitgewirkt hat und was dessen Position ist, um eine weitere Interpretationsgrundlage zu haben. Welche Personen im Saarland an der Befragung teilgenommen haben und ob es ein anderer Personenkreis ist als in den übrigen Ländern, kann ich Ihnen heute leider nicht sagen. Wir werden dies aber mit Sicherheit noch analysieren.

Frage *Wurden die Ergebnisse aufgrund der subjektiven Einschätzung der Befragten bewertet oder anhand objektiver Indikatoren, die für alle Programmgebiete bundesweit gleichermaßen zugrunde gelegt wurden?*

Antwort Herr Dr. Löhr

Eine korrekte Einschätzung der Zwischenergebnisse des Programms „Soziale Stadt“ ist nur möglich, wenn man objektive und subjektive Daten gemeinsam betrachtet. Viele Dinge lassen sich objektiv einfach nicht erfassen. Stimmungen und deren zeitliche Veränderung lassen sich zum Beispiel nur durch subjektive Befragungen aufzeigen. Außerdem sind auch scheinbar objektive Daten häufig fehlerbelastet, wenn etwa unterschiedliche Ausgangssituationen nicht berücksichtigt werden.

Frage *In ihren Ergebnissen wurde deutlich, dass die Stärkung der „lokalen Ökonomie“ in den Programmgebieten nicht als dringlichstes Ziel erachtet wird. Kann es sein, dass niemand so recht weiß, was man unter „lokaler Ökonomie“ versteht, bzw. jeder etwas anderes darunter versteht? Mir ist keine konkrete Definition bekannt.*

Antwort Herr Dr. Löhr

Es ist richtig, dass „lokale Ökonomie“ kein eindeutig definierter Begriff ist. In der Hälfte aller Modellgebiete, leider in keinem saarländischen, haben wir aber Themenkonferenzen zum Thema „lokale Ökonomie“ ausgerichtet. Außerdem wurde von uns ein Infoheft zum Thema „Soziale Stadt“ herausgegeben, in dem unser Verständnis von „lokaler Ökonomie“ dargelegt wird. Da dieses Heft in allen Programmgebieten bekannt sein müsste, sind wir davon ausgegangen, dass der Begriff in unserem Sinne verstanden wird.

Frage *Sie haben stark auf das Thema „Wertschöpfung im Gebiet“ abgehoben. Sie haben dabei festgestellt, dass dieses Thema in den Gemeinden gar keinen so großen Stellenwert zu haben scheint. Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus dem Saarland darlegen:
Die Stadt Homburg (Saar) hat große, moderne Industriebetriebe, und viele attraktive Arbeitsplätze. In dem Stadtviertel, in welchem die meisten dieser Betriebe angesiedelt sind, gibt es jedoch große soziale Probleme. Die Theorie, dass soziale Brennpunkte*

in den Griff zu bekommen sind, wenn Arbeitsplätze und Wertschöpfung lokal vorhanden sind, scheint also nicht immer zuzutreffen.

Können Sie dazu bitte Stellung nehmen?

Antwort Herr Dr. Löhr

Es gibt nie eindimensionale Lösungen für die Probleme in einer Stadt, schon gar nicht, wenn es um die Probleme der Menschen selbst geht. Menschen sind sehr komplexe Lebewesen mit vielfältigen Problemen. Man kann selten mit der Lösung eines Problemsegments das gesamte Problem lösen. Dies wurde mit Städtebauförderung lange versucht und war ja auch über weite Strecken erfolgreich. Durch eine Verbesserung des baulichen Umfeldes konnte vielerorts eine positive Entwicklung der Gebiete gefördert werden. Dies setzte jedoch eine positive wirtschaftliche Gesamtsituation voraus, die heute nicht mehr gegeben ist.

Es ist vollkommen klar, dass Arbeitsplätze alleine nicht alle Probleme lösen können. Wenn die Anforderungen der Arbeitsplätze und die Qualifikationen der Menschen nicht zusammenpassen, nützen die Arbeitsplätze im Gebiet den dort wohnenden Menschen nichts. Deswegen ist ja auch Qualifizierung, aber auch örtliche Arbeitsvermittlung eine so wichtige Aufgabe. Der Mangel an für die lokale Bevölkerung geeigneten Arbeitsplätzen verursacht jedoch das Hauptproblem dieser benachteiligten Stadtviertel – die Armut. Dies hat vielfältige fatale Auswirkungen, zum Beispiel:

- sinkende Toleranz gegenüber Minderheiten, z.B. ausländische Mitbürger,
- schlechter Gesundheitszustand,
- mangelnde Belastbarkeit,
- Minderwertigkeitsgefühle,
- Immobilität,
- eingeschränkte Arbeitsfähigkeit.

Armut lässt sich aber nur durch Arbeit wirkungsvoll bekämpfen. Was in unserer Gesellschaft letztlich zählt, ist Erfolg durch Arbeit. Und daher ist die Schaffung und Vermittlung von geeigneten Arbeitsplätzen ein ganz zentraler Punkt. Ich will damit aber nicht sagen, dass das alleine für die Lösung aller Probleme bzw. eine positive Entwicklung in einem Stadtteil ausreicht. Viele andere Maßnahmen müssen in einer integrierten Aktion hinzukommen.